Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6191**

19. Wahlperiode 29.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gyde Jensen, Dr. Lukas Köhler, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/2529 –

Rüstungskontrolle stärken – Iranisches Nuklearabkommen bewahren

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion würde der Zerfall des JCPoA einen Verlust an Sicherheit für den Nahen Osten und die Welt insgesamt bedeuten. Oberstes Ziel müsse es sein, das iranische Nuklearprogramm weiterhin auf eine zivile Nutzung zu begrenzen, die umfassenden Inspektionen der IAEA zu erhalten und eine nukleare Weiterverbreitung im Nahen Osten zu verhindern. Gleichzeitig ist es für die Antrag stellende Fraktion notwendig, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern einen intensiven und weitergehenden Dialog mit Iran anstößt, da Iran eine destabilisierende Rolle in der Region einnehme. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, gemeinsam mit den europäischen Partnern dazu beizutragen, das JCPoA in seiner bestehenden Form zu bewahren; den Dialog mit Vertretern der US-Regierung über den Fortbestand des JCPoA nicht abreißen zu lassen; im Dialog mit allen Vertragsparteien über die Möglichkeiten eines ergänzenden Abkommens zum JCPoA zu beraten, welches die Fragen einer Verlängerung der Laufzeiten des JCPoA und weitreichendere IAEA-Inspektionen umfasst; einen Dialog mit allen Vertragsparteien für ein unabhängiges Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle des ballistischen Raketenprogramms des Iran anzustoßen; die destabilisierende Rolle des Iran in der Region auf europäischer und internationaler Ebene stärker zu thematisieren und über Sanktionen gegen Personen, Organisationen und Unternehmen zu beraten, die aus EU-Sicht für die destabilisierende Politik verantwortlich sind; zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) einen Round Table in der nahöstlichen Region zu initiieren, um gemeinsame Sicherheit und Kooperation zu fördern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/2529 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2018

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Koob
Berichterstatter

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Dr. Robby Schlund
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Markus Koob, Dr. Karl-Heinz Brunner, Dr. Robby Schlund, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/2529** in seiner 37. Sitzung am 8. Juni 2018 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion würde der Zerfall des JCPoA einen Verlust an Sicherheit für den Nahen Osten und die Welt insgesamt bedeuten. Oberstes Ziel müsse es sein, das iranische Nuklearprogramm weiterhin auf eine zivile Nutzung zu begrenzen, die umfassenden Inspektionen der IAEA zu erhalten und eine nukleare Weiterverbreitung im Nahen Osten zu verhindern. Gleichzeitig ist es für die Antrag stellende Fraktion notwendig, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern einen intensiven und weitergehenden Dialog mit Iran anstößt, da Iran eine destabilisierende Rolle in der Region einnehme. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, gemeinsam mit den europäischen Partnern dazu beizutragen, das JCPoA in seiner bestehenden Form zu bewahren; den Dialog mit Vertretern der US-Regierung über den Fortbestand des JCPoA nicht abreißen zu lassen; im Dialog mit allen Vertragsparteien über die Möglichkeiten eines ergänzenden Abkommens zum JCPoA zu beraten, welches die Fragen einer Verlängerung der Laufzeiten des JCPoA und weitreichendere IAEA-Inspektionen umfasst; einen Dialog mit allen Vertragsparteien für ein unabhängiges Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle des ballistischen Raketenprogramms des Iran anzustoßen; die destabilisierende Rolle des Iran in der Region auf europäischer und internationaler Ebene stärker zu thematisieren und über Sanktionen gegen Personen, Organisationen und Unternehmen zu beraten, die aus EU-Sicht für die destabilisierende Politik verantwortlich sind; zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) einen Round Table in der nahöstlichen Region zu initiieren, um gemeinsame Sicherheit und Kooperation zu fördern.

III. Stellungnahme/n des/der mitberatenden Ausschüsse

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 21. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der AfD und DIE LINKE.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 28. November 2018

Markus Koob
Berichterstatter

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Dr. Robby Schlund
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.